

CDU will Stabsstellen auf den Prüfstand stellen

Gemeinderatsfraktion formuliert zum Start der neuen Legislaturperiode eine Reihe von kommunalpolitischen Forderungen.

Von unserem Redakteur
Joachim Friedl

HEILBRONN „Nach 15 Jahren Gesellschaftspolitik muss nun wieder Sicherheits- und Wirtschaftspolitik ins Zentrum der Kommunalpolitik rücken“, sagte bei der CDU-Sommerpressekonferenz Stadtrat Christoph Troßbach. Dies mache aber eine Neu-Priorisierung notwendig. Die CDU fordert deshalb eine Konsolidierung und Umschichtung der städtischen Stabsstellen. Aktuell sind Oberbürgermeister Harry Mergel vier, Erstem Bürgermeister Martin Diepgen zwei sowie Sozialdezernentin Agnes Christner und Baubürgermeister Andreas Ringle je eine Stabsstelle zugeordnet.

Um die Finanzierung der Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft sicherzustellen, sollen insbesondere die Stellen Chancengerechtigkeit, Frauenbeauftragte und Kommunikation auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei geht es der Rathaus-CDU vor al-

lem darum, dass Ressourcen effizienter eingesetzt werden. „Viele gesellschaftspolitische Ziele wurden in den letzten Jahrzehnten erreicht. Jetzt müssen wir unsere Prioritäten wieder klar setzen: Sicherheit und Wirtschaft haben oberste Priorität“, betonte Troßbach.

Muster Ein anderes Problem brennt Stadträtin Susanne Schnepf auf den Nägeln: die hohen Baukosten im Kindergartenbereich. „Um den gesamten Bauprozess weniger zeitaufwendig und kostengünstiger zu gestalten, sehen wir die Möglichkeit, einen Grundbauplan für einen eingruppigen Kindergarten zu entwickeln, der dann entsprechend diesem Muster bei Bedarf deckungsgleich erweitert werden kann“, beschrieb sie den Vorschlag. Ihrer Ansicht nach könnten durch das modulare Bauen Kosten von bis zu einem Viertel gespart werden: „Gleichmäßigkeit ist einfach kostengünstiger.“

Mit Blick auf die Tatsache, dass das Land und der Bund ihren finan-



Wenn es nach der Rathaus-CDU geht, muss die Verwaltung für den neuen Doppelhaushalt 2025/2026 jede Münze umdrehen. Sparen ist angesagt

Foto: dpa

ziellen Zusagen nicht gerecht werden, muss die Bildungsstadt Heilbronn die fehlenden Mittel bereitstellen. Um aus dieser Negativentwicklung Positives abzuleiten, fordert CDU-Stadträtin Verena Schmidt vier Maßnahmen:

■ **Bildung:** Den Kindergarten- und Schulstandort gezielt ausbauen und finanziell auf sichere Füße stellen.

■ **Zukunft:** Ein kommunales Investitionsprogramm „Bildung Heilbronn 2025 bis 2035“ zu erarbeiten.

■ **Hilfe:** Verstärkter Rückgriff auf Freiwillige soziale Jahre. Jugendliche und junge Erwachsene könnten die Lehrer unterstützen.

■ **Kompetenz:** Ergänzung des Bildungsbeirats um einen Vertreter des Kultusministeriums.

Dass die CDU die Schlagzahl im Bildungssektor weiter erhöhen will, ist nach den Worten von Schmidt der Erkenntnis geschuldet, dass der Schulabschluss unter 100 Prozent liegt: „Nur wenn alle an einem Strang ziehen, können wir unseren Kindern eine echte Lebensperspektive bieten“, ist Schmidt überzeugt.

Angesichts eines Defizits von 20 Millionen Euro im Durchführungshaushalt fordert Thomas Randecker die Wiederbelebung des Haushaltskonsolidierungsprozesses. Dies ist nach Auffassung des CDU-Fraktionsvorsitzenden aus zwei Gründen notwendig: Zum einen verlagert die Politik immer mehr Aufgaben auf die Kommunen, zum anderen lasse der Gemeinderat nicht von Wunschprojekten wie dem Lerchenbergtunnel ab. Zielführend sei auch, Freiwilligenleistungen auf den Prüfstand zu stellen. Einen Riegel verschieben will die CDU auch den hohen Ermächtigungsresten: „Das führt zu einer verzerrten Darstellung der Finanzsituation“, so Randecker.